

Bundesrepublik – Innere Entwicklung in den 50er Jahren

Die innere Entwicklung der Bundesrepublik ist vor allem durch folgende vier Faktoren geprägt:

- innenpolitische **Stabilität** durch eher konservative Politik,
- hohes wirtschaftliches **Wachstum** und Exportboom („Wirtschaftswunder“),
- Anstieg der **Sozialleistungen**, Lastenausgleich, Rentenformel,
- gesellschaftlicher **Grundkonsens**, den Wiederaufbau zu bewältigen und die Heimatvertriebenen einzugliedern.

Dazu tritt die außenpolitische Stabilität durch enge Anlehnung an den Westen und fortschreitende Westintegration, die ebenfalls Rückwirkungen auf die innenpolitische Situation hatte.

Innenpolitisch war für die Stabilität der Entwicklung ausschlaggebend, dass das Grundgesetz eine starke Stellung des Kanzlers in der Politik vorsah. Adenauer selbst erschien als Persönlichkeit der Garant für eine konfliktfreie, ruhige Entwicklung in den im Grunde konservativen Bahnen des Bürgertums („Keine Experimente“ als Wahlslogan der CDU). Die Gewerkschaften verzichteten auf eine Konfrontationspolitik und gaben statt dessen dem Wiederaufbau Vorrang.

Im **Bereich der Wirtschaft** sorgte das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, die einen dritten Weg zwischen dem „klassischen“ Wirtschaftsliberalismus und den dirigistischen Konzepten des Sozialismus verwirklichte, für Stabilität und inneren Frieden. Die Marshallplanhilfe und die schnelle Beendigung der Demontagen führten dazu, dass die deutsche Industrie schnell wieder auf hohem Niveau produzierte. Im Gefolge des Koreakriegs und des dadurch steigenden Exports **boomte** die deutsche Wirtschaft. Kennzeichnend für die zweite Hälfte der fünfziger Jahre wurde die Vollbeschäftigung. Seit dem ersten Wohnungsbaugesetz 1950 gehörte zu den tragenden Elementen des wirtschaftlichen Aufschwungs der Wohnungsbau, ergänzt durch staatliche Subventionen bei der Kapitalbildung.

Die Bundesregierung konnte in den 50er Jahren **soziale Errungenschaften** von weitreichender gesellschaftliche Bedeutung durchsetzen:

- Mitbestimmungsgesetz in der Montanindustrie 1951,
- Lastenausgleichsgesetz 1952,
- Betriebsverfassungsgesetz 1952,
- Einführung des Kindergelds als Teil des Familienlastenausgleichs 1954.

- Reform der Rente: „Dynamische Rente“ nach dem „Generationenvertrag“ 1957.

In der Gesellschaft der Bundesrepublik bestand ein **Grundkonsens**, die Nachkriegszeit durch erhöhte Leistungen zu überwinden. Das zeigte sich in der zurückhaltenden Lohnpolitik der Gewerkschaften, wurde aber auch dadurch begünstigt, dass es verstanden wurde, Konfliktfelder zu neutralisieren. Das ist in erster Linie die wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration der Heimatvertriebenen, auch durch das Lastenausgleichsgesetz, aber auch die Integration der Spätheimkehrer, der Opfer des Nationalsozialismus, der Flüchtlinge aus der DDR - und schließlich der ehemals aktiven NS-Anhänger. Das ist weiterhin die Einführung fundamentaler Mitbestimmungsrechte.

Im gesellschaftlichen Bereich überwogen aber auch **Konfliktscheu** und **Harmoniestreben**, so dass auf der einen Seite eine Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit unterblieb, auf der anderen Seite sich die Bundesbürger in die Innerlichkeit ihres Privatlebens zurückzogen und Heimatfilme und romantische Musikfilme konsumierten. Dazu trat für immer breitere Bevölkerungsschichten die Möglichkeit, das jahrzehntelang aufgestaute Konsumbedürfnis zu befriedigen - teils in der „Fresswelle“, teils in der wieder gewonnenen und durch den rapiden Anstieg des Wohlstands ermöglichten Reisewelle.

War die politische Mentalität von der Abwehr all dessen gekennzeichnet, was eine „ruhige“ Entwicklung im Sinn der Verdrängung von Konfliktfeldern verhindert hätte, stand sie immer unter dem Eindruck der kommunistischen Diktatur im Osten, die am 17. Juni 1953 in der DDR und 1956 beim Aufstand in Ungarn ihr brutales Gesicht gezeigt hatte. Die junge Demokratie der Bundesrepublik sah sich sowohl von rechts als auch von links unter dem Druck verfassungsfeindlicher Kräfte. 1952 wurde die Sozialistische Reichs-Partei (SRP) als Nachfolgeorganisation der NSDAP vom Bundesverfassungsgericht verboten, 1956 die Kommunistische Partei (KPD).

Antikommunismus war von daher einer der Grundzüge des politischen Lebens, wenn auch nicht so deutlich formuliert wie in der Kommunistenjagd unter McCarthy in den USA. Abgrenzung zum System der kommunistischen Diktatur war fast selbstverständlich, nachdem Tag für Tag Flüchtlinge aus der DDR (die man immer noch als „Zone“ bezeichnete) in die Bundesrepublik kamen. Die Abgrenzung war aber auch in dem Sinn geboten, als man in der Zeit des Kalten Krieges auf den politischen Rückhalt bei den Westmächten angewiesen war.

Insgesamt gesehen sorgten das beispiellose Wirtschaftswachstum, die Stabilität der Kanzlerdemokratie und der Fortschritt in den sozialen Leistungen des Staates für eine hohe Akzeptanz der politischen Ordnung im Innern und im Äußeren in der Bevölkerung.